

Abschied vom mündigen Bürger!

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Verbraucherschutz ist eine wichtige und sehr notwendige Errungenschaft. Denn eine Welt, die ausschließlich den Gesetzen des ungezügelter Marktes folgt und in der Verbraucher nur noch Nutzvieh auf dem Weg zur größtmöglichen Gewinnerzielung sind, wäre ein Albtraum.

Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, ab welchem Punkt dieser „Schutz“ über das Ziel hinausschießt. Etwa wenn man generell verbieten wollte, ein Auto zu besteigen, weil es schon vorgekommen ist, dass bei einzelnen Fahrzeugen Airbag oder Bremse nicht einwandfrei funktioniert

haben. Ganz so weit ist es noch nicht, aber speziell beim Anlegerschutz nähern wir uns zunehmend solch absurden Ausprägungen an. Zu den vorläufigen Höhepunkten gehören die jetzt diskutierten Regeln zur „Geeignetheitsprüfung“ in der Anlageberatung ebenso wie die (Des-)Informationsblätter für Investmentprodukte, die im Januar neu eingeführt werden. Beide zielen offenbar darauf ab, die Bürger möglichst ganz von der Geldanlage abzuhalten, statt ihnen dabei zu helfen, trotz aller Komplexität von Finanzangelegenheiten eine vernünftige eigenständige und selbstverantwortliche Entscheidung zu treffen.

Denn nach den Vorstellungen der Gesetzgeber sollen Berater künftig zuerst als Psychologen tätig werden. Sie werden dann prüfen, ob sich der Kunde selbst überschätzt und ob er überhaupt das Zeug zum Investoren hat. Anleger, die diese Hürde nehmen, bekommen dann ein Papier in die Hand, in dem die Ergebnisse hochkomplexer und für niemanden nachvollziehbarer mathematischer Berechnungen zu Kosten und Risiken ausgewiesen werden, während die Erläuterungen zur eigentlichen Funktionsweise des Anlageinstruments auf ein abstraktes Mindestmaß zusammengestutzt werden. Ob der mündige Anleger, der aller Regulierungswut zum Trotz weiter investieren möchte, dann noch vernünftige Produktinformationen finden wird, steht in den Sternen.

Aber das ist noch nicht alles. Vieles deutet darauf hin, dass nach der Wahl die Abgeltungsteuer abgeschafft wird und Anleger wieder mit dem individuellen Steuersatz belegt werden. Die vermeintliche Rückkehr zum alten System hat aber einen Haken – denn ob dann auch die damals geltende Steuerbefreiung für langfristige Aktienanlagen wiederkommt, muss bezweifelt werden. In den Wahlprogrammen findet sich dazu jedenfalls kein Wort. Es wäre ein weiterer Baustein in dem fragwürdigen politischen Konzept, das offenbar darauf abzielt, möglichst viele Bürger davon abzuhalten, ihre Altersvorsorge selbst in die Hand zu nehmen. Ein Irrweg!

Ralf Andrey

In eigener Sache

Der Zertifikateberater ist eine unabhängige Publikation und erscheint im Eigenverlag. Alleinige, gleichberechtigte Gesellschafter sind Verlagsgeschäftsführer Tobias Kramer und Chefredakteur Ralf Andrey. Die daraus resultierende starke Position der Redaktion unterstreicht, dass sich Verlag und Magazin ohne Einschränkung den journalistischen Maximen von Neutralität und Unabhängigkeit unterwerfen.

